

EDITORIAL

Sehr geehrte Energiekunden,

die deutsche Politik steht ganz im Zeichen der Energiewende und hat sich dabei das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Kernenergie durch erneuerbare Energien zu ersetzen und parallel dazu den Primärenergiebedarf drastisch zu senken. Gleichzeitig soll an den ambitionierten Klimaschutzzielen festgehalten werden. Dabei soll auch der massive Ausbau der Elektromobilität helfen. Wie diese Vorgaben zusammengehen sollen, ist jedoch offen. Die Planung stützt sich auf Wunschdenken – weniger auf realistische Überlegungen.

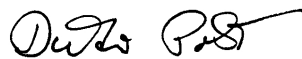
Die Bundesregierung plant mit dem Energiekonzept vom Herbst 2010, den Stromverbrauch in Deutschland bis 2020 um zehn Prozent zu senken. Hierfür wurden neue Verordnungen erlassen und Unternehmen durch steigende Abgaben zum klassischen Energiesparen gezwungen. Zertifizierte Energiemanagementsysteme sollen vermehrt zum Einsatz kommen, um den Energieverbrauch von Industrie, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der öffentlichen Hand weiter zu optimieren.

Gleichzeitig strebt die Bundesregierung an, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Der hierdurch ansteigende Gesamtstrombedarf würde sich nach Schätzungen auf bis zu 6.000 GWh pro Jahr belaufen. Das sind rund ein Prozent des heutigen Stromjahresbedarfs der Bundesrepublik. Im Jahr 2030 sollen es dann bereits

sechs Millionen Fahrzeuge sein, erklärt ein Bericht der Nationalen Plattform Elektromobilität.

Zusätzlich zum erhofften Boom der Elektromobilität verlangen Wärmepumpen, die Öl- und Gasheizungen ersetzen sollen, sowie die zur Energieeffizienz eingesetzte „Green IT“ einen erhöhten Strombedarf. Eine generelle Elektrifizierung lässt die Erwartung, Industrie und Gewerbe könnten den somit steigenden Bedarf an Energie durch Einsparungsmaßnahmen an anderer Stelle deutlich überkompensieren, realitätsfern erscheinen.

Wahrscheinlicher wäre statt eines sinkenden Strombedarfs, Prognosen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Folge, ein stagnierender Stromverbrauch, wobei der Primärenergiebedarf aber tatsächlich deutlich sinken kann. Damit wären die Klimaschutzziele der Bundesregierung im Idealfall erreichbar. Der stagnierende Stromverbrauch bedeutet somit für die Klimaziele keine schlechte Nachricht. Für die Versorgungssicherheit ist aber eine blauäugige Bedarfsplanung keine geeignete Basis. Sowohl für den Netzausbau als auch die Weiterentwicklung von Erzeugerkapazitäten müssen realistische Vorstellungen bezüglich der Energienachfrage entwickelt werden. Nicht Wunschdenken, vielmehr eine kluge Vorsorge sind beim Thema Versorgungssicherheit angebracht.



Ihr Dietmar Polster
Vorstand

KURZINFO

Schwache Netze behindern Windkraft



Bild: pixelio

Im ersten Halbjahr 2011 betrug der Anteil an Strom aus Windenergie bereits 7,5 Prozent der gesamten deutschen Stromnachfrage. Die Bundesregierung wird durch die Abkehr von der Atomenergie den Anteil weiter vorantreiben. Denn Wind ist derzeit eine der kostengünstigsten grünen Energiequellen.

Die Windparks produzieren jedoch bei günstigen Windbedingungen soviel Energie, dass die Netze diese nicht mehr aufnehmen können. Das Resultat sind Abschaltungen. Sie erfolgen im Allgemeinen dann, wenn viel Wind weht, folglich viel Strom erzeugt wird, gleichzeitig die Nachfrage aber gering ist.

INHALT

Seite 1

- **Editorial**
- **Schwache Netze behindern Windkraft**
3.000 Kilometer neue Leitungen erforderlich

Seite 2

- **Elektromobilität legt neuen Gang ein**
Eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 geplant
- **Anstieg der Netzentgelte treibt Stromkosten**
Erhöhungen zum Jahreswechsel von bis zu 12 Prozent
- **EGT beliefert 620 Ampere-Kunden mit Gas**
Versorger sichert sich Gas-Gesamtvolumen von 77 Mio. kWh Jahr

Elektromobilität legt neuen Gang ein

Debatten um Elektromobilität und deren gesamtgesellschaftliche Auswirkungen stehen in Deutschland derzeit hoch im Kurs. Dabei gehen die Meinungen stark auseinander. Befürworter der neuen Technologie, aber auch ihre Kritiker, fahren starke Argumente auf. So stehen die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und eine verbesserte Klimabilanz Zweifeln an der Alltagstauglichkeit und der Realisierbarkeit der Technologie gegenüber. Gründe hierfür sind eine fehlende Infrastruktur mit Lademöglichkeiten sowie die Fülle unterschiedlicher Batterietechnologien.

Die Bundesregierung hat klare Vorstellungen, was die Zukunft der Elektromobilität betrifft: Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen fahren. Wie viel zusätzliche Energie durch die

Autos von morgen verbraucht und wie unser aktuelles Versorgernetz den neuen Ansprüchen gerecht wird, muss sich allerdings erst noch zeigen. Dazu folgendes Szenario: Auf den deutschen Straßen fahren derzeit etwa 41 Million PKW. Jeder einzelne legt im Durchschnitt eine Strecke von 11.600 Kilometer pro Jahr zurück. Dies entspricht in etwa der Strecke von Berlin nach Rio de Janeiro.



Bild: dpa

Dem Vorhaben der Regierung folgend ergeben sich bei einer Million Fahrzeuge 11,6 Milliarden elektrisch zurückgelegte Kilometer pro Jahr. Die hierfür benötigte zusätzliche Strommenge betrüge 2.300 GWh jährlich, was den Stromverbrauch um bis zu einem Prozent anheben würde. Eine Menge, die rein aus erneuerbaren Energiequellen nicht bereit gestellt werden kann.

Engpässe sind bei den Netzen vorprogrammiert. Denn obwohl die Elektroautos mit energieeffizienter Fahrtechnik ausgerüstet sind und immer leistungsstärkere Batterien entwickelt werden, bedürfen sie einer enorm hohen Ladeleistung. Die Energieabfrage würde primär in den Abendstunden erfolgen. Zu diesen Stoßzeiten würden Netzüberlastungen daher wahrscheinlich.

Anstieg der Netzentgelte treibt Stromkosten

Strom wird im kommenden Jahr erneut teurer. Der Grund sind die Transportgebühren im Netz. Sie steigen Anfang 2012 durchschnittlich um fast 10 Prozent. Die Bundesnetzagentur bezifferte das Ausmaß der Erhöhungen auf rund zwei Milliarden Euro.

Der Bundesgerichtshof hatte im Juni den Weg für die Erhöhungen geebnet. Demnach ging die Bundesnetzagentur bei der Genehmigung der Erlösobergrenzen für Netzbetreiber bisher zu strikt vor. Der BGH kippte diese Praxis. Die Netzbetreiber ließen sich nicht lange bitten: Sie erhöhten kräftig ihre Entgelte. Energielieferant Vattenfall hat für

Berlin die Durchleitungsgebühren um 0,5 Cent pro kWh ab Jahreswechsel angehoben und auch die EnBW plant eine Erhöhung von durchschnittlich 12 Prozent.

Die Preissteigerungen belasten vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Denn die Bundesregierung befreit Industriekunden mit einem Verbrauch von mehr als 10 GWh oder 7.000 Benutzungsstunden vollständig von den Netzentgelten. Die dadurch entstehenden Mehrkosten von 1,1 Milliarden Euro müssen von den Kleinverbrauchern beglichen werden. Dies ergaben gemeinsame Recherchen der Frankfurter Rundschau

und der Berliner Zeitung. Ursprünglich sollten die Entgelte von Unternehmen gezahlt werden, die die Stromleitungen extrem in Anspruch nehmen. Dadurch sollte die Industrie an Wartung und Ausbau des Stromnetzes beteiligt werden.

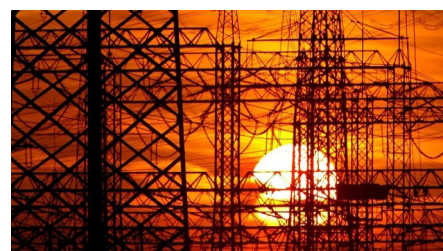


Bild: pixelio

EGT beliefert 620 Ampere-Kunden mit Gas

620 Ampere-Kunden erhalten ab 1. Januar 2012 deutschlandweit günstiges Gas von der EGT Energiehandel GmbH. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Ausschreibung, die die Ampere AG im Namen ihrer Kunden durchgeführt hat.

32 Versorger aus ganz Deutschland, darunter auch zahlreiche kleinere Lokalversorger, nahmen an der Ausschreibung teil. Die EGT

aus Triberg setzte sich nach intensiven Verhandlungen gegen die Konkurrenz durch und gewann ein Gas-Gesamtvolumen von 77 Million Kilowattstunden. „Es ist uns gelungen, trotz der allgemein steigenden Energiepreise, sehr gute Konditionen für unsere Kunden zu verhandeln und einen bundesweit einheitlichen Energiepreis für zwölf Monate festzuschreiben“, äußerte sich Dr. Arndt Rottenbacher, Vorstand der Ampere

AG, sehr zufrieden über das gute Ergebnis.

Die EGT Energiehandel GmbH erhielt bereits im August 2011 den Zuschlag für die Belieferung von 1.300 Ampere-Kunden. Ein Großteil davon waren Mitglieder der Einkaufsgemeinschaft des baden-württembergischen Handwerks, die die Ampere AG betreut.